

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - StBV/039(VII)/22			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr  Lenkungsausschuss Buckau	Donnerstag,  30.06.2022	Mensa - Baudezernat An der Steinkuhle 6 39128 Magdeburg	16:00 Uhr	20:10 Uhr

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 05.05.2022
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Sachstand Intel  
BG VI
- 6 Lenkungsausschuss Buckau  
Amt 61
- 7 Denkmale und verwahrloste Immobilien  
Amt 61, FB 67
- 8 Beschlussvorlagen

8.1	Schaffung eines Kunstwerks für den Geschwister-Scholl-Park im Gedenken an den antifaschistischen Widerstand und die Ermordung der Geschwister Scholl FB 41	DS0009/22
8.2	Behandlung der Stellungnahmen (Abwägung) zum Bebauungsplan Nr. 430-1 "Buchenweg" Amt 61	DS0003/22
8.3	Satzung zum Bebauungsplan Nr. 430-1 "Buchenweg" Amt 61	DS0004/22
8.3.1	Satzung zum Bebauungsplan Nr. 430-1 "Buchenweg" Fraktion AfD	DS0004/22/1
8.4	22. Änderung des Flächennutzungsplanes (F-Plan) der Landeshauptstadt Magdeburg „Ottersleber Chausse / Am Hopfengarten“ - Behandlung der Stellungnahmen Amt 61	DS0225/22
8.5	22. Änderung des Flächennutzungsplanes (F-Plan) der Landeshauptstadt Magdeburg „Ottersleber Chausse / Am Hopfengarten“ - Feststellungsbeschluss Amt 61	DS0226/22
8.6	Behandlung der Stellungnahmen (Abwägung) zur 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 431-1A "Ottersleber Chaussee/Am Hopfengarten" Amt 61	DS0167/22
8.7	Satzung der 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 431-1A "Ottersleber Chaussee/Am Hopfengarten" Amt 61	DS0168/22
8.8	Behandlung der Stellungnahmen (Zwischenabwägung) zum Bebauungsplan Nr. 410-5 "Buckauer Insel" Amt 61	DS0197/22
8.9	Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum Bebauungsplan Nr. 410-5 "Buckauer Insel" Amt 61	DS0198/22
8.10	Einleitung und Auslegung der 32. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg "Niendorfer Straße" Amt 61	DS0227/22
8.11	Behandlung der Stellungnahmen (Zwischenabwägung) zum Vorentwurf des Bebauungsplans Nr. 355-5 "Niendorfer Straße" Amt 61	DS0228/22
8.12	Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum Bebauungsplan Nr. 355-5 "Niendorfer Straße" und Änderung des Geltungsbereichs	DS0229/22

	Amt 61	
8.13	Grundsatzbeschluss Gehwegsanierung Galileostraße Amt 66	DS0067/22
8.14	Widmung von Verkehrsflächen im B-Plan Gebiet 228-3 „An der Nordstraße“ zur Gemeindestraße, 39130– Bördeachtel und Nordstraße (Teilstück) Amt 66	DS0222/22
8.15	Aufhebungsbeschluss für die Durchführung der vorbereitenden Untersuchungen gemäß §§ 165 Abs. 4 BauGB am Eulenberg Magdeburg Amt 61	DS0221/22
9	Anträge	
9.1	Mehr Sitzbänke an der Elbe Fraktion GRÜNE/future	A0064/22
9.1.1	Mehr Sitzbänke an der Elbe Fraktion AfD	A0064/22/1
9.1.2	Mehr Sitzbänke an der Elbe SPD-Stadtratsfraktion	A0064/22/2
9.1.3	Mehr Sitzbänke an der Elbe Dez. III	S0206/22
9.2	Flächen für Solarenergie in Magdeburg Fraktion GRÜNE/future	A0020/22
9.2.1	Flächen für Solarenergie in Magdeburg Fraktion DIE LINKE	A0020/22/1
9.2.2	Flächen für Solarenergie in Magdeburg Stabstelle Klima (Dez. VI)	S0113/22
9.3	Baumalleen in der Altstadt (wieder)herstellen Fraktion GRÜNE/future	A0052/22
9.3.1	Baumalleen in der Altstadt (wieder)herstellen SFM	S0134/22
9.4	Sanierung, Rad-und Fußweg Olvenstedter Graseweg Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0071/22
9.4.1	Sanierung, Rad-und Fußweg Olvenstedter Graseweg Amt 66	S0201/22
9.5	Sanierung der Straßen im Wohngebiet Kannenstieg Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0075/22
9.5.1	Sanierung der Straßen im Wohngebiet Kannenstieg	S0199/22

	Amt 66	
9.6	Sanierung der Bänke auf dem Moritzplatz SPD-Stadtratsfraktion	A0038/22
9.6.1	Sanierung der Bänke auf dem Moritzplatz Amt 61	S0170/22
10	Informationen	
10.1	Denkmal- und Skulpturenkonzept FB 41	I0106/22
10.2	Jahresbericht der Behindertenbeauftragten für das Jahr 2021 Behindertenbeauftragte (Dez. V)	I0126/22
10.3	Gierfähre Westerhüsen Team5 (Dez. III)	I0131/22
10.4	Lichtkonzept Amt 66	I0070/22
10.5	Digitale Bewohnerparkausweise Amt 66	I0141/22
10.6	Förderung aus dem Sonderprogramm "Stadt und Land" Amt 66	I0147/22
10.7	Information zu Solargründächern Amt 61	I0113/22
10.8	Stadtteilzentrum Cracau Amt 61	I0127/22
11	Sachstand Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee Amt 66	
12	Verschiedenes	
12.1	Sachstand Buslinie im Ringverkehr für Werder und Heumarkt während der Sperrung der Strombrücke Amt 66	A0109/22

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Mirko Stage

**Mitglieder des Gremiums**

Norman Belas

Jürgen Canehl

**Mitglieder des Gremiums**

Dr. Falko Grube

René Hempel

Bernd Heynemann

**Mitglieder des Gremiums**

Madeleine Linke

Christian Mertens

Burkhard Moll

Frank Schuster

**Geschäftsführung**

Corina Nürnberg

**Mitglieder des Gremiums**

Reinhard Stern

---

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

Der **Vorsitzende Stadtrat Stage** begrüßt die Anwesenden. Er geht auf die fristgerechte Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses ein. Er eröffnet die letzte Ausschusssitzung vor der Sommerpause.

---

2. Bestätigung der Tagesordnung

---

- TOP 9.2 und 10.2 sollen vertagt werden;
- TOP 10.1 soll vorgezogen werden;

Redebedarf besteht zu allen Informationen außer zu TOP 10.8;

Abstimmung: 9-0-0

---

3. Genehmigung der Niederschrift vom 05.05.2022

---

Abstimmung: 6-0-3

---

4. Einwohnerfragestunde

---

---

5. Sachstand Intel

---

**Stadträtin Linke** erkundigt sich nach neuen Erkenntnissen hinsichtlich der Wasserversorgung. Neue Erkenntnisse liegen nicht vor, teilt der **Beigeordnete Herr Rehbaum** dazu mit.

**Stadtrat Moll** erinnert an das gemeinsame Positionspapier aus den Fraktionen und bittet um Zuarbeit durch die Fraktionen.

**Stadtrat Stage** hinterfragt die Zusammenarbeit zwischen dem Stadtrat mit den kommunalen Strukturen. Gibt es negative Erfahrungen bezüglich der Stadtratsbeteiligung?

**Herr Rehbaum** verweist auf eine positive Zusammenarbeit mit einem beeindruckenden Tempo, was beispielsweise die Bauleitplanung betrifft. So könne es gerne weitergehen (kurzer Draht, schnelle Rückläufe...).

---

6. Lenkungsausschuss Buckau

---

## 7. Denkmale und verwahrloste Immobilien

---

**Herr Schütt** geht auf Probleme mit dem Studiokino am Moritzplatz ein. Hier bestand eine Gefahrensituation durch herabstürzende Teile vom Dach. Mittlerweile wurde die öffentliche Sicherheit wiederhergestellt.

Weitere Nutzungen für den Innenhofbereich werde momentan geprüft/geklärt und sollen im Laufe des Jahres kommen.

**Stadtrat Heynemann** hinterfragt einen aktuellen Stand zum Stadion Neue Welt.

**Herr Schütt** verweist auf die Lage des Vorhabens im Außenbereich sowie Klärung von natur- und umweltrechtlichen Belangen, die sich momentan ziehen. Geplant sei ein teilweiser Erhalt sowie Abbruch der Bausubstanz.

*Nachrichtlich:*

*Bauvorhaben Neubau Baumkompetenzzentrum "Stadion Neue Welt"*

*Von der unteren Wasserbehörde wurden in ihrer Stellungnahme vom 02.10.2019 die Nachweise der Niederschlagsentwässerung der Zufahrten, Dachflächen Stellplätzen und anderer versiegelter Flächen (textliche Beschreibung und Entwässerungspläne) vor Erteilung der Baugenehmigung gefordert.*

*Diese liegen bis heute nicht vor. Mit dem Antragsteller werden in den kommenden Tagen noch einmal die fehlenden Unterlagen erörtert.*

**Stadtrat Mertens** geht auf das eingerüstete Gebäude in der Straße Alt Salbke 74 (Lesezeichen) ein und fragt, was dort passieren soll.

**Frau Schäferhenrich** verweist auf einen Verkauf der Immobilie. Der Käufer plant die Sanierung.

## 8. Beschlussvorlagen

---

- 8.1. Schaffung eines Kunstwerks für den Geschwister-Scholl-Park im Gedenken an den antifaschistischen Widerstand und die Ermordung der Geschwister Scholl  
Vorlage: DS0009/22
- 

**Frau Leever** erläutert die Beschlussvorlage.

**Stadtrat Schuster** sieht eine Umsetzung/Realisierung des Siegerentwurfs kritisch und fragt nach einer offeneren Formulierung. Er geht auf die momentanen Diskussionen im Stadtrat ein.

**Frau Leever** verweist auf eine weitere Beschlussvorlage zu gegebener Zeit.

**Stadträtin Linke** verweist auf die angespannte Haushaltslage der Stadt. Sie könnte sich eine Verschiebung vorstellen.

**Stadtrat Dr. Grube** spricht sich gegen einen Realisierungswettbewerb aus und schlägt einen Änderungsantrag vor. Er hat ein Problem damit, dass die Verwaltung einen Haushaltsplan aufstellt und schon vorab mit dieser Beschlussvorlage Mehrkosten beantragt. Diese Kosten seien im Kulturbüro einzustellen.

**Stadtrat Schuster** spricht sich für eine Änderung des Beschlussvorschlags aus. Dem Stadtrat sollen die Entwürfe inklusive der Kosten mit gesonderter Beschlussvorlage vorgelegt werden.

**Stadtrat Hempel** spricht sich für die Änderungsanträge aus. Seiner Meinung nach sollte der Stadtrat als Jury fungieren und entscheiden. Problematisch sieht er eine zeitliche Verschiebung und verweist auf den 80. Jahrestag. Die Wahrung der Erinnerungskultur sei wichtig. Mahnend verweist er auf den in den letzten Monaten erfolgten Missbrauch der Gedenkstätte.

**Stadtrat Stage** blickt ebenfalls auf die angespannte Haushaltslage. Diese sei nicht zu vernachlässigen. Die Argumentation von **Stadtrat Hempel** sei jedoch überzeugend. Den Stadtrat als Jury in einem Kunstwettbewerb hält er nicht für sinnvoll.

#### Änderungsantrag:

*Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Stadtrat den Beschlussvorschlag wie folgt geändert zu formulieren (**fett**):*

1. *Aus Anlass des 80. Jahrestages der Ermordung der Geschwister Scholl und zum Gedenken an den antifaschistischen Widerstand wird für das Jahr 2023 die Ausschreibung und die Realisierung eines Kunstwerks für den Geschwister-Scholl-Park im Rahmen eines nichtoffenen Wettbewerbs **eines Wettbewerbs für ein Kunstwerk für den Geschwister-Scholl-Park als nichtoffenen Ideenwettbewerb** mit vorgeschaltetem Bewerbungsverfahren für ausgewählte Künstler\*innen mit Wohn- und Arbeitssitz in der Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage einer öffentlichen Ausschreibung beschlossen.*
2. *Die Haushaltsmittel in Höhe von 22.000,00 EUR für die Durchführung einer offenen Ausschreibung inklusive der Honorare für die Entwurfseinreichung werden im Haushaltsjahr 2023 **dem in das Budget des Kulturbüros zusätzlich zur Verfügung gestellt eingestell**.*
3. *Dem Stadtrat ~~wird der Siegerentwurf~~ **werden die Entwürfe** inklusive einer detaillierten Kosten- und Finanzierungsplanung in einer gesonderten Beschlussvorlage zur Entscheidung vorgelegt.*

Abstimmung: 9 – 0 – 0

Der Auslobungstext muss angepasst werden bei der Beschlussfassung.

Abstimmung zur DS0009/22: 9-0-0 empfohlen mit Änderungsantrag

- 8.2. Behandlung der Stellungnahmen (Abwägung) zum Bebauungsplan Nr. 430-1 "Buchenweg"  
Vorlage: DS0003/22

**Stadtrat Dr. Grube** verweist auf eine erschöpfende Diskussion in der letzten StBV-Sitzung.

**Frau Schäferhenrich** entschuldigt sich hinsichtlich des nicht beigefügten Umweltberichtes, welches nun nachgeholt wurde.

Ein Vor-Ort-Termin mit SWM und Amt 66 fand statt. Um das Problem der Niederschlagsentwässerung am Tiefpunkt des Buchenweges zu lösen, werden 2 zusätzliche Straßeneinläufe im August 2022 hergestellt.

**Stadtrat Schuster** bedankt sich bei der Verwaltung für die Klärung des Problems.

Abstimmung zur DS0003/22: 8-0-1

8.3. Satzung zum Bebauungsplan Nr. 430-1 "Buchenweg"  
Vorlage: DS0004/22

---

Abstimmung zur DS0004/22: 7-0-2

8.3.1. Satzung zum Bebauungsplan Nr. 430-1 "Buchenweg"  
Vorlage: DS0004/22/1

---

Abstimmung zur DS0004/22/1: 1-6-2

8.4. 22. Änderung des Flächennutzungsplanes (F-Plan) der  
Landeshauptstadt Magdeburg „Ottersleber Chaussee / Am  
Hopfengarten“ - Behandlung der Stellungnahmen  
Vorlage: DS0225/22

---

Die folgenden 4 TOP´s zur Ottersleber Chaussee/Am Hopfengarten stellt **Frau Schäferhenrich** im Zusammenhang vor.

Mit dem Bebauungsplan sollen die angrenzenden Wohn- und Gewerbegebiete ergänzt, weiterentwickelt und abgerundet werden. Neben der Schaffung von Baurecht für ca. 140 Wohnhäuser (Einfamilienhäuser, Doppelhäuser, Reihenhäuser) dient das Bebauungsplanverfahren der notwendigen Entwicklung eines inneren Straßennetzes. Ein neuer öffentlicher Kinderspielplatz soll unmittelbar angrenzend an den bereits vorhandenen öffentlichen Kinderspielplatz errichtet werden. Somit werde sich die vorhandene Spielfläche vergrößern.

Die Darstellung im Flächennutzungsplan wird parallel zum Bebauungsplanverfahren geändert (Wohngebietsfläche).

**Stadtrat Stage** geht auf die Diskussionen zu den Baumpflanzungen ein.

**Stadtrat Schuster** verweist auf den Einspruch von Maco-Möbel und hinterfragt den Umgang damit.

Aufgrund einer im Anschluss an die öffentliche Auslegung eingegangenen Stellungnahme wurde das Schallschutzgutachten aktualisiert. Der Bebauungsplan dementsprechend geringfügig angepasst, so **Frau Schäferhenrich**.

**Stadträtin Linke** hat weiterhin mit den Festsetzungen „Straße“ ohne Gehweg Probleme. Ein reines Wohngebiet ohne Gehwege zu beschließen, hält sie nicht mehr für angemessen. Auch wenn Tempo-30 gelte.

**Frau Schäferhenrich** erläutert die innere Erschließung und geht auf die Straßenstrukturen/Typen (Begründung S. 20/21) ein.

**Stadtrat Dr. Grube** spricht sich für einen Änderungsantrag aus.

Änderungsantrag DS0168/22/1:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Stadtrat den Beschlussvorschlag wie folgt zu ergänzen (**Fett**):

**Beschlussvorschlag:**

Aufgrund des § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung, und § 8 Abs. 1 des Kommunalverfassungsgesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (KVG LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Juni 2014 (GVBl. Nr. 12, S. 288), in der zuletzt geänderten Fassung, beschließt der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg am 07.07.2022 die 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 431-1A „Ottersleber Chaussee / Am Hopfengarten“, bestehend aus der Planzeichnung (Planteil A) in der Fassung vom April 2022 und dem Text (Planteil B), als Satzung.

1. Die Begründung zum Bebauungsplan und die zusammenfassende Erklärung nach § 10a Abs. 1 BauGB werden gebilligt.

2. (Neu) Die textlichen Festsetzungen (Teil B) werden um § 36 (neu) ergänzt:

**Die innere Erschließung erfolgt über ein Netz neu zu errichtenden Straßen mit unterschiedlicher Straßenraumbreite, die dem zu erwartenden Verkehrsaufkommen entsprechen.**

**Straßentyp A:**

**Die Straßenraumbreite beträgt 10,0 m. An der zweispurigen Straßenverkehrsfläche verläuft beidseitig ein Gehweg.**

**Straßentyp B:**

**Die Straßenraumbreite beträgt 10,0 m. Die zweispurige Straßenverkehrsfläche wird mit einem Gehweg und einem Grünstreifen ausgebaut. Entsprechend den Festsetzungen für die Ausgleichsmaßnahmen im Plangebiet sind in den Grünstreifen Bäume zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Im Straßentyp B sind in den Bereichen des Grünstreifens und zu den anliegenden Baugrundstücken die Grundstückszufahrten, i.d.R. als Doppelzufahrten, festgesetzt. Damit wird eine optimale und geordnete Struktur zwischen den sich abwechselnden Baumbepflanzungen und den Grundstückszufahrten geschaffen.**

**Straßentyp C:**

**Die Straßenraumbreite beträgt 5,50 m. Die Straßenverkehrsfläche wird als Mischverkehrsfläche ausgebaut.**

**Straßentyp D:**

**Die Straßenraumbreite beträgt 3,50 m. Die Straßenverkehrsfläche dient als Geh- und Radweganbindung des Baugebietes an den vorhandenen nördlich anschließenden Grünflächenzug. Diese Anbindung gibt den Bewohnern der Wohnsiedlung die Möglichkeit, den weitläufigen Grünflächenzug zu Erholungszwecken zu nutzen.**

**Straßentyp P:**

**Die Straßenraumbreite beträgt 4,0 m. Die Straßenverkehrsfläche wird als Mischverkehrsfläche ausgebaut. Dieser Straßentyp dient der Anbindung von maximal vier Hinterland-Baugrundstücken.**

**Straßentyp W:**

**Die Straßenraumbreite beträgt 3,5 m. Die Straßenverkehrsfläche wird als einfach befestigte und einspurige Verkehrsfläche ausgebaut. Dieser Straßentyp dient der Anbindung der öffentlichen Grünfläche zur Pflege und als Zufahrtsmöglichkeit zum Regenrückhaltebecken. Die Erschließungsstraße ist gem. den Richtlinien des ländlichen Wegebaus für eine Achslast von 11,5 t zu planen.**

*Alt 2. wird **Neu 3.** Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Beschluss über die Satzung gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. Mit der ortsüblichen Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.*

*Abstimmung: 8 – 0 - 1*

Allgemein fehlt **Stadtrat Hempel** mit Hinblick auf Intel eine Perspektive/Masterplan für den Wohnungsbau. Mit welchen Wohnungen/Wohnraum werde weiter geplant? Lokale und globale Anforderungen an den Klimawandel werden wieder ausgeblendet. Der vorhandene Leerstand (6000 „Bullshitwohnungen“) in Magdeburg sei nicht mehr zeitgemäß. Der Bebauungsplan sei aus der Vergangenheit und nicht mehr zeitgemäß (nicht zukunftsorientiert, fehlender Geschosswohnungsbau).

**Stadtrat Dr. Grube** widerspricht dem Begriff „Bullshitwohnungen“. Teilweise wurden Wohnungen schon wieder hergerichtet z.B. als Flüchtlingsunterkünfte. Die Bausubstanz sei vorhanden, diese müsse saniert werden und das werde immer noch teurer werden. Diese Entwicklungen dienen auch der Abdeckung der Bedarfe für Intel.

**Stadtrat Schuster** verweist auf das Verkehrskonzept Hopfengarten, dieses müsse umgesetzt werden. Die Anbindung an die Ottersleben Chaussee begrüßt er. Die Ampelschaltung müsse angepasst werden.

**Frau Schäferhenrich** geht auf die von **Stadtrat Hempel** aufgebrachte Thematik Masterplan Wohnungsbau ein. Sie verweist auf ein Wohnungsbaukonzept im Zusammenhang mit Intel. Des Weiteren geht sie auf die Beauftragung einer Mobilitätsstudie durch das Land ein (für Magdeburg und Umland, Betrachtung verschiedener Verkehrsarten / Modal-Split). Die Verwaltung hat für Magdeburg eine Übersicht/Plan für potenzielle Wohngebietsstandorte sowohl für Einfamilienhausgebiete sowie Geschosswohnungsbau. Diese Planungen könnten auf Wunsch dem Ausschuss vorgestellt werden.

Ergänzend verweist der **Beigeordnete Herr Rehbaum** auf den Rahmenplan Sudenburger Wuhne mit einem wesentlichen Potential. Eine Ausweitung von unterschiedlichsten Wohnbaufläche könne hier erfolgen. Eine Unterstützung aus dem Stadtrat sei hierfür erforderlich. Das Thema werde momentan aufbereitet.

**Stadtrat Stage** mahnt die Einbeziehung der Kleingärtner im Bereich Sudenburger Wuhne an.

**Stadträtin Linke** widerspricht der Herangehensweise der Verwaltung so viele wie mögliche Flächen für den Wohnungsbau auszuweisen. Sie verweist auf die gegenwärtige Erfassung von Wohnungsbaugebietsplanungen durch die Regionale Planungsgemeinschaft.

Für **Stadtrat Hempel** hätte die Diskussion früher geführt werden müssen - Eine Bedarfsanalyse, was brauchen wir für Wohnformen. Er sieht hier eine typisch „deutsche“ Planung und vermisst eine Internationalisierung hinsichtlich der Wohnbedarfe.

**Stadtrat Stage** sieht sehr viel urbanes Klientel durch die Intel-Ansiedlung auf die Stadt zukommen. Dieses sei in den Gesprächen deutlich geworden. Die Menschen wollen in den Städten wohnen und leben, darauf sollten wir uns einstellen.

**Herr Rehbaum** verweist auf Gespräche, die auf der „Langen Luise“ hinsichtlich Wohnraums geführt worden. Hier wurde auf Potenziale im Bestand sowie zahlreich zurückgestellte Projekte verwiesen.

Die NASA-Studie wird beinhalten, wo in einem Radius von 50 Kilometern Intel-Mitarbeiter wohnen können. Ein Großteil der Mitarbeiter werde aber in Magdeburg wohnen wollen. Erfahrungsaustausche/Hinweise mit und von Intel aus dem europäischen Raum seien dafür hilfreich.

Abstimmung zur DS0225/22: 9-0-0

- 8.5. 22. Änderung des Flächennutzungsplanes (F-Plan) der Landeshauptstadt Magdeburg „Ottersleber Chaussee / Am Hopfengarten“ - Feststellungsbeschluss  
Vorlage: DS0226/22
- 

Abstimmung zur DS0226/22: 6-1-2

- 8.6. Behandlung der Stellungnahmen (Abwägung) zur 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 431-1A "Ottersleber Chaussee/Am Hopfengarten"  
Vorlage: DS0167/22
- 

Abstimmung zur DS0167/22: 6-1-2

- 8.7. Satzung der 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 431-1A "Ottersleber Chaussee/Am Hopfengarten"  
Vorlage: DS0168/22
- 

Abstimmung zur DS0168/22: 6-1-2 empfohlen mit Änderungsantrag

- 8.8. Behandlung der Stellungnahmen (Zwischenabwägung) zum Bebauungsplan Nr. 410-5 "Buckauer Insel"  
Vorlage: DS0197/22
- 

**Frau Schäferhenrich** erläutert die Beschlussvorlagen zur Buckauer Insel.

**Stadträtin Linke** begrüßt die weitere Bearbeitung des Gebietes. Das werde dem Gebiet gut tun.

**Frau Schäferhenrich** verweist in diesem Zusammenhang auf den bereits sanierten Strubepark sowie den Stück für Stück sanierten Plattenbau in der Grusonstraße.

Abstimmung zur DS0197/22: 9-0-0

- 8.9. Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum Bebauungsplan Nr. 410-5 "Buckauer Insel"  
Vorlage: DS0198/22
- 

Abstimmung zur DS0198/22: 9-0-0

- 8.10. Einleitung und Auslegung der 32. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg "Niendorfer Straße"  
Vorlage: DS0227/22
- 

**Frau Schäferhenrich** erläutert die Beschlussvorlagen TOP 8.10 – TOP 8.11 im Zusammenhang.

**Stadtrat Heynemann** hinterfragt die jetzige Eilbedürftigkeit und verweist auf ein Bauschild, welches sich schon seit 1 ½ Jahren dort befindet. Warum sei so viel Zeit vergangen bis zur vorliegenden Beschlussvorlage?

Das Bauschild wurde vom Eigentümer bereits mit Einleitungsbeschluss aufgestellt, teilt **Frau Schäferhenrich** dazu mit.

Die Personalkapazitäten müssen effektiv eingesetzt werden.

Zudem verweist der **Beigeordnete Herr Rehbaum** auf Umsetzungsprobleme des Entwicklers.

**Stadträtin Linke** hinterfragt die ÖPNV-Anbindung mit der Straßenbahn und erkundigt sich nach der Lage des Klinke-Radweges.

**Frau Schäferhenrich** nimmt die Frage mit.

*Nachrichtlich:*

*Es liegen keine Radwegeplanungen für diesen Bereich vor.*

*Im nördlichen Bereich des B-Planes wurde ein Fuß- und Radweg festgesetzt, um die bisherige Verbindung zu den nördlich angrenzenden Kleingärten weiterhin zu gewährleisten. Zudem entspricht dies der Maßnahme 45 aus dem Blatt 3 des Landschaftsplan/Grünkonzepts 2025. Die Maßnahme beinhaltet den Rückbau der Kleingartenanlage zugunsten eines Gewässerrandstreifens. Zudem sollen Durchwegungen ermöglicht werden.*

Abstimmung zur DS0227/22: 7-0-2

- 8.11. Behandlung der Stellungnahmen (Zwischenabwägung) zum Vorentwurf des Bebauungsplans Nr. 355-5 "Niendorfer Straße"  
Vorlage: DS0228/22
-

Abstimmung zur DS0228/22: 9-0-0

- 8.12. Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum Bebauungsplan Nr. 355-5 "Niendorfer Straße" und Änderung des Geltungsbereichs  
Vorlage: DS0229/22
- 

Abstimmung zur DS0229/22: 8-0-1

- 8.13. Grundsatzbeschluss Gehwegsanierung Galileostraße  
Vorlage: DS0067/22
- 

**Herr Gebhardt** bringt die Beschlussvorlage ein und erläutert die Vorzugsvariante (Variante 5) der Verwaltung.

**Stadtrat Stage** fragt, wo die Infrastruktur für den Radverkehr im Plan eingezeichnet ist und erkundigt sich nach dem vorgeschriebenen Tempo.

**Herr Gebhardt** verweist auf die Richtlinie RAST 06 und die fehlende Mindestbelastung von über 400 Fahrzeugen/je Stunde auf dieser Straße, um separate Radwege anzuordnen. Fahrradfahrende sollen die Fahrbahn bei Tempo 50 mit nutzen.

**Stadträtin Linke** verweist auf Stadtratsbeschluss zum Radverkehr. Sie geht auf u.a. Tempo 30 vor den Schulen, Modal-Split, Stärkung des Umweltverbundes und ÖPNV ein. Die vielen Parkbuchten entsprechen nicht dem VEP und Masterplan.

**Stadtrat Hempel** geht auf die Ausführungen in der letzten Sitzung hinsichtlich Begegnungsverkehren ein. Eine Reduzierung der Fahrbahnbreite zu Gunsten von mehr Grün sei möglich.

Des Weiteren spricht er sich für eine Kennzeichnung (Fahrradschutzstreifen) auf der Fahrbahn aus. Er geht auf die vielen Schulen im Wohngebiet ein und hinterfragt eine Tempobegrenzung.

**Stadtrat Mertens** geht auf den Rückbau von Grundstücksgrenzen ein und hinterfragt einen Kompromiss.

**Herr Gebhardt** verweist auf eine Länge von ca. 300 Metern, wo ein Rückbau erfolgen müsse. Der Kompromiss war die Reduzierung der Fahrbahnbreite.

**Stadtrat Mertens** geht auf die Möglichkeit zum Verzicht von Parkbuchten ein.

**Stadtrat Dr. Grube** hat mit dem Rückbau bis auf die Grundstücksgrenzen ein Problem. Bei der Variante 5 fehlt im Regelquerschnitt eine Fahrradspur.

Die Wegnahme von Grün und Parkplätzen zu Gunsten eines Radweges sieht er als eine machbare Variante.

**Stadtrat Schuster** kann sich dem Gesagten anschließen. Der Verkehrsraum ist breit genug für alle Verkehrsarten. Der überwiegende Teil an Fußgänger\*innen bewegt sich auf der Seite von Neu Reform.

**Herr Rehbaum** spricht sich für eine Entscheidung zwischen Tempo-30 oder einem Radweg aus.

**Frau Schäferhenrich** sieht es kritisch Grün gegen Radverkehr auszuspielen. Aufgrund des Klimawandels sollten Radwege mit Bäumen beschattet werden.

**Stadträtin Linke** bittet die Straßenbreite und das „Klima“ zu überdenken.

**Stadtrat Stage** spricht sich für eine Variante 6 aus.

**Herr Gebhardt** verweist auf den Sammelstraßencharakter, der bleiben werde, eine Tempo-30-Begrenzung sei somit schwierig. Der Radweg wäre nicht benutzungspflichtig.

**Stadtrat Mertens** kann den Ausführungen/Auffassung von Frau Schäferhenrich nicht folgen.

**Stadtrat Schuster** schlägt ein wechselseitiges Parken für Teilabschnitte vor.

**Stadtrat Moll** spricht sich ebenfalls für eine Variante 6 aus und verweist noch einmal auf die angrenzenden Schulen.

Der Verlust der Grundstückseinfriedungen wäre schade.

**Stadtrat Dr. Grube** findet wechselseitiges Parken charmant. Die Auswirkungen auf den ÖPNV müssten geklärt werden.

**Stadtrat Hempel** geht auf die Ausführungen von **Frau Schäferhenrich** hinsichtlich Klima/Hitzestau auf Straßen ein. Nur an dieser Stelle sei es fehl am Platz. Am Damaschkeplatz z.B. fehlt Grün. Dort sei es bei Hitze unerträglich.

Der **Vorsitzende Stadtrat Stage**, stellt den Geschäftsordnungsantrag (GO-Antrag) zum Vertagen der Beschlussvorlage. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Variante 6 darzustellen.

Abstimmung GO-Antrag: 8-0-0

**Stadträtin Linke** fehlt bei der Abstimmung.

vertagt

- 8.14. Widmung von Verkehrsflächen im B-Plan Gebiet 228-3 „An der Nordstraße“ zur Gemeindestraße, 39130– Bördeachtel und Nordstraße (Teilstück)  
Vorlage: DS0222/22
- 

**Herr Gebhardt** bringt die Beschlussvorlage ein.

Die Stadträte haben keine Nachfragen.

Abstimmung zur DS0222/22: 9-0-0

- 8.15. Aufhebungsbeschluss für die Durchführung der vorbereitenden Untersuchungen gemäß §§ 165 Abs. 4 BauGB am Eulenberg Magdeburg  
Vorlage: DS0221/22
- 

**Herr Dr. Lerm** erläutert die Beschlussvorlage.

Rückfragen gab es keine dazu.

Abstimmung zur DS0221/22: 9-0-0

## 9. Anträge

---

### 9.1. Mehr Sitzbänke an der Elbe Vorlage: A0064/22

---

**Stadträtin Linke** bringt den Antrag ein und verweist auf den Prüfantrag hier.

**Stadtrat Mertens** führt zum Änderungsantrag der AfD-Fraktion aus.

**Frau Marxmeier** erläutert die Stellungnahme der Verwaltung und verweist auf eine Beauftragung durch die Verwaltung die dazu erfolgen müsste. Das Dez III sehe sich momentan personell dazu nicht in der Lage.

**Stadtrat Hempel** verweist auf den Rahmenplan Innenstadt. Dieser sei auch für das westelbische Gebiet mit nutzbar.

**Herr Rehbaum** gibt zu bedenken, dass der Rahmenplan eine Zukunftsvision sei.

Spaziergänger bedeute auch gleichzeitig Bänke, so **Stadtrat Schuster**. Es müsse doch die Möglichkeit bestehen, unter Einbeziehung des SFM 10, – 30 Bänke aufzustellen ohne erst ein großes Konzept erstellen zu lassen. Die Einbeziehung des SFM erscheine ihm durchaus etwas praktikabler.

**Stadträtin Linke** verweist auf vorhanden „Leerstellen“, die gefüllt werden könnten ohne Konzepterstellung.

**Stadtrat Dr. Grube** hält ein Konzept für groben Unfug.

**Frau Marxmeier** fordert die Unterstützung von Dez VI ein.

**Stadtrat Moll** spricht sich ebenfalls gegen ein Konzept aus, weist aber auf die Integrierung von Papierkörben hin.

**Stadtrat Schuster** schlägt vor, eine ähnliche Lösung/Aktion mit dem SFM zu finden, wie für „Mein Baum für Magdeburg“.

Abstimmung zum Antrag A0064/22:            9-0-0    geändert empfohlen

#### 9.1.1. Mehr Sitzbänke an der Elbe Vorlage: A0064/22/1

---

Abstimmung zum Änderungsantrag A0064/22/1:            1-4-4            nicht empfohlen

#### 9.1.2. Mehr Sitzbänke an der Elbe Vorlage: A0064/22/2

---

**Stadtrat Hempel** fehlt bei der Abstimmung.

Abstimmung zum Änderungsantrag A0064/22/2: 8-0-0

9.1.3. Mehr Sitzbänke an der Elbe  
Vorlage: S0206/22

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

9.2. Flächen für Solarenergie in Magdeburg  
Vorlage: A0020/22

---

vertagt

9.2.1. Flächen für Solarenergie in Magdeburg  
Vorlage: A0020/22/1

---

vertagt

9.2.2. Flächen für Solarenergie in Magdeburg  
Vorlage: S0113/22

---

vertagt

9.3. Baumalleen in der Altstadt (wieder)herstellen  
Vorlage: A0052/22

---

**Herr Tschornig** erläutert die Stellungnahme der Verwaltung und geht auf die Unterschiede von Wiederbepflanzung und Neubepflanzung ein. Er verweist auf die Zusammenarbeit sowie Abhängigkeit von anderen Ämtern.

Nicht zufriedenstellend sei für **Stadtrat Dr. Grube** die Stellungnahme. Er verweist auf die Beschlusslage zur Baumallee im Breiten Weg und mahnt aktuelleres Kartenmaterial an.

**Stadtrat Mertens** fragt, wie ein positiver Beschluss zur Umsetzung geführt werden kann und ob der Antrag eine praktische Wirkung entfalten würde. Dieses schein nur sukzessiv möglich. Eine Kosten-Nutzen-Abwägung müsse immer erfolgen, so **Herr Tschornig**.

**Stadtrat Hempel** kann die Kritik nicht so ganz nachvollziehen und spricht sich für eine Zustimmung zum Antrag aus. Die Perspektive des Antrags sei wichtig für eine Begrünung der Innenstadt.

Der Antrag sei ein Baustein in die richtige Richtung, für mehr Grün, so **Stadtrat Stage**.

Abstimmung zum Antrag A0052/22: 7-0-2

9.3.1. Baumalleen in der Altstadt (wieder)herstellen  
Vorlage: S0134/22

---

9.4. Sanierung, Rad-und Fußweg Olvenstedter Graseweg  
Vorlage: A0071/22

---

**Herr Gebhardt** erläutert die Stellungnahme und verweist auf den Umfang sowie die Kosten.

**Stadtrat Dr. Grube** geht auf die Stolperfallen ein, die es schon vor 20 Jahren gab. Er kann dem Antrag folgen und verweist auf die Aufnahme in die Prioritätenliste Fußwege, Radwege und Fahrbahnen.

**Stadträtin Linke** verweist auf den miserablen Zustand, hier bestehe Handlungsbedarf.

**Stadtrat Hempel** spricht sich für die Aufnahme in diese Prioritätenliste aus, aber ohne Grundsatzbeschluss. Das Vorhaben müsse sich einreihen.

**Stadtrat Dr. Grube** spricht sich für die Aufnahme in die Prioritätenliste aus. Des Weiteren fragt er nach, mit welchem Aufwand die Oberfläche der angrenzenden Brücke zur Hundisburger Straße verbessert werden könnte.

Eine Sanierung der Brücke werde teuer, so **Herr Gebhardt** und verweist auf eine ordentliche Abdichtung, die hier auch erfolgen müsse.

**Stadtrat Schuster** tut sich mit dem Antrag schwer. Er geht auf die vielen Straßen in der Stadt ein, die sich in einem noch schlechteren Zustand befinden und verweist auf die geringe Frequentierung hier.

**Stadtrat Stage** kann die Antragstellung nachvollziehen und spricht sich für die Aufnahme in die Prioritätenliste aus.

**Stadtrat Moll** verweist auf viel schlechtere Straßenzustände in Magdeburg.

Abstimmung zum Antrag A0071/22: 6-0-3

9.4.1. Sanierung, Rad-und Fußweg Olvenstedter Graseweg  
Vorlage: S0201/22

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

9.5. Sanierung der Straßen im Wohngebiet Kannenstieg  
Vorlage: A0075/22

---

**Stadtrat Heynemann** fehlt bei der Abstimmung.

**Herr Gebhardt** verweist auf die Sperrung der Hauptsammelstraße und das damit verbundene Ausweichen auf die kleineren angrenzenden Wohnstraßen.

Abstimmung zum Antrag A0075/22: 1-6-1 nicht empfohlen

9.5.1. Sanierung der Straßen im Wohngebiet Kannenstieg  
Vorlage: S0199/22

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

9.6. Sanierung der Bänke auf dem Moritzplatz  
Vorlage: A0038/22

---

**Herr Dr. Lerm** bringt die Stellungnahme der Verwaltung ein.

Abstimmung zum Antrag A0083/22: 8-0-1

9.6.1. Sanierung der Bänke auf dem Moritzplatz  
Vorlage: S0170/22

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

10. Informationen

---

10.1. Denkmal- und Skulpturenkonzept  
Vorlage: I0106/22

---

**Frau Gottschalk** bringt die Information ein.

**Stadtrat Schuster** sieht die Information als einen Zwischenstand. Eine Bewertung der Objekte/Skulpturen müsse erfolgen. Er verweist auf einen teilweise traurigen Zustand der Exponate/Objekte.

**Frau Gottschalk** geht auf die Übernahme von ca. 600 Karteikarten ein, die erfasst und mit ID-Nummer verknüpft werden mussten. Ziel sei es, in der IuK-Strategie als Projekt mit aufgenommen zu werden.

**Stadtrat Stage** hinterfragt den zeitlichen Horizont.

**Frau Gottschalk** verweist auf Abstimmungen mit der Zentralen Vergabestelle bezüglich des Ausschreibungsverfahrens. Das Amt 12 muss seine Zustimmung erteilen.

**Stadträtin Linke** begrüßt den Weg der Digitalisierung. Der Prozess werde dauern, dafür habe sie Verständnis auch bezüglich der finanziellen Situation.

**Stadtrat Dr. Grube** spricht sich für einen unterstützenden Antrag aus dem StBV aus.

**Stadtrat Schuster** verweist auf teilweise sofortige Unterhaltungsmaßnahmen, die an einzelnen Objekten erfolgen müssten.

**Frau Gottschalk** verweist auf Wartungspläne für ihre Kunst.

**Stadtrat Stage** hinterfragt die Einbeziehung des Technikmuseums oder der Eigenbetriebe.

*Der Stadtrat möge beschließen:*

*Die Erstellung des Denkmal- und Skulpturenkatasters nach I0106/22 soll als eine einheitliche Datenbank und als Bestandteil/Projekt der gesamtstädtischen LuK-Strategie eingebunden werden.*

*Die Begründung erfolgt mündlich.*

Abstimmung: 8 – 0 – 1

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

10.2. Jahresbericht der Behindertenbeauftragten für das Jahr 2021  
Vorlage: I0126/22

---

vertagt

10.3. Gierfähre Westerhüsen  
Vorlage: I0131/22

---

**Frau Marxmeier** stellt die Information vor.

**Stadträtin Linke** bemängelt die Öffnungszeiten des Fährbetriebs und verweist auf den Tourismus.

Sie habe die Verbesserung feststellen können, jedoch macht sie auf veraltete Informationstafeln im Bereich Salbke aufmerksam.

**Frau Marxmeier** verweist auf die geplante Erneuerung des Wegeleitsystems und eine gesonderte Beschlussvorlage dazu.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

10.4. Lichtkonzept  
Vorlage: I0070/22

---

**Stadträtin Linke** hinterfragt die zum Mai 2022 angekündigte Auswertung/Resultate.

**Herr Gebhardt** verweist auf den aktuellen Bearbeitungsstand hier, Ergebnisse der Auswertung liegen noch nicht vor.

**Stadtrat Stage** fragt nach einem möglichen Zeitpunkt hinsichtlich von Ergebnissen. Dazu sei die Verwaltung momentan nicht aussagefähig, so **Herr Gebhardt**.

**Stadtrat Hempel** fragt, warum diese Schwierigkeiten bestehen und die Verwaltung nicht aussagefähig ist.

**Herr Gebhardt** verweist auf die Abhängigkeit von Dritten.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

10.5. Digitale Bewohnerparkausweise  
Vorlage: I0141/22

---

**Stadträtin Linke** erkundigt sich nach der Zeitschiene in Bezug auf die technische Umsetzung und geht auf die Anfrage im Stadtrat hinsichtlich einer Preisanpassung ein.

**Herr Gebhardt** verweist auf den Austausch mit dem Amt 12. Die Randbedingungen wurden genannt und abgestimmt. Eine Umsetzung dürfe erst nach der Genehmigung durch das Land erfolgen. An den technischen Voraussetzungen werde gearbeitet, die rechtlichen Voraussetzungen sind noch abschließend zu klären.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

10.6. Förderung aus dem Sonderprogramm "Stadt und Land"  
Vorlage: I0147/22

---

**Stadtrat Canehl** nimmt ab 18:50 Uhr als Vertreter für **Stadträtin Linke** an der Sitzung teil.

**Stadtrat Heynemann** verlässt 18:55 Uhr die Sitzung.

**Stadtrat Canehl** spricht als ADFC-Mitglied und äußert sich enttäuscht. Er geht auf die Historie zu Umsetzung und Förderprogramm ein und übt scharfe Kritik an der Vorgehensweise der Verwaltung.

Der **Vorsitzende Stadtrat Stage** ermahnt **Stadtrat Canehl** zur sachlichen Arbeitsweise und weist auf einem fairen Umgang miteinander hin.

Der Beigeordnete **Herr Rehbaum** weiß um dieses emotionale Thema. Er führt zu den von der Verwaltung als praktikabel beachteten Ansatz aus und verweist auf die Erfüllung des Förderzweck sowie die Vorlage des Bewilligungsbescheids.

Ergänzend verweist **Herr Gebhardt** auf die Fortführung der Maßnahmen, die sehr erfolgreich von der Verwaltung vorgenommenen Fördermittelbeantragungen, sowie die in Aussicht gestellte Aufstockung der Fördermittel für noch offene Anträge zur Beurteilung.

**Stadtrat Hempel** findet Kritik sei hier nicht angebracht, sondern Lob an die Verwaltung.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

10.7. Information zu Solargründächern  
Vorlage: I0113/22

---

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

10.8. Stadtteilzentrum Cracau  
Vorlage: I0127/22

---

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

11. Sachstand Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee

---

**Herr Fuß** erläutert den aktuellen Stand der Baumaßnahme. Er geht auf die künstlerische Gestaltung an der Nordseite ein und führt zum Bauablauf aus. Problematischer sei die Situation beim Material.

**Stadtrat Hempel** hinterfragt die Kostenentwicklung hinsichtlich des Materials. Momentan sei kein Aufwuchs bei den Materialkosten wie Beton z.B. bekannt, teilt **Herr Fuß** mit, noch passen die Hochrechnung aus dem Jahr 2020. Die Abrechnungen zwischen Deutscher Bahn und Stadt werden sich aber noch Jahre hinziehen.

12. Verschiedenes

---

**Stadtrat Moll** erfragt die Freiflächenplanungen im Bereich Stadthalle nach. Die vor 20 Jahren geplante Wegeführung soll jetzt umgesetzt werden und große Pappelbäume müssen dafür weichen.

*Nachrichtlich:*

*Die Freianlagenplanung des Stadthallenareals wird aktuell so angepasst, dass die großen Bestandsbäume unter anderem auch die Pappeln erhalten bleiben. Die Umplanung findet in enger Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde statt. Sobald die Planung dahingehend angepasst und mit allen beteiligten Ämtern abstimmt wurde, wird sie erneut den Stadträten vorgelegt.*

**Stadtrat Hempel** geht auf die abgeschalteten Wasserspiele am Pechauer Platz ein.

*Nachrichtlich:*

*Der Brunnen auf dem Pechauer Platz ist derzeit aufgrund geplanter Sanierungsarbeiten mit einem Bauzaun gesichert.*

Die Springbrunnenoberfläche und der marode Unterbau sollen erneuert werden. Nachdem eine Ausschreibung der Reparatur im Frühjahr 2022 aufgrund des Rückzugs eines Auftragnehmers aufgehoben werden musste, läuft derzeit ein erneutes Vergabeverfahren. Der Ausgang des Verfahrens ist derzeit noch offen. Daher sei noch nicht klar, wann die Arbeiten realisiert werden können.

**Stadtrat Canehl** geht auf die Niederschrift vom 05.05.2022 und den Ausführungen zum Heinrich-Heine-Platz ein.

Der **Beigeordnete** verweist auf die zurückgezogene Information. Eine neue Information werde folgen.

Des Weiteren geht **Stadtrat Canehl** auf die Doppelhaltestelle Kastanienstraße Richtung Norden ein. Er bemängelt den viel zu schmalen barrierefrei ausgebauten Haltestellenbereich und verweist auf eine hohe Frequentierung.

*Nachrichtlich:*

*Die Breite der betreffenden Wartefläche auf der Ostseite beträgt ca. 2,50m (Bahnsteigkante - Bord - d.h. Gesamtbreite) bzw. 2,00 m (Bahnsteigkante - Geländer - d.h. nutzbare Breite).*

*Der Magdeburger Standard trifft zur Breite folgende Aussagen: "Die nutzbare Breite der Haltestelle beträgt im Regelfall  $\geq 2,50$  m. Sofern die Platzverhältnisse am gewählten Haltestellenstandort nicht ausreichen und dies auch nicht in wirtschaftlich sinnvoller Weise erreicht werden kann, kann die nutzbare Breite der Haltestelle auf  $\geq 2,00$  m zu reduziert werden." Er ist bei allen planerischen und investiven Maßnahmen als nicht zu unterschreitendes Mindestmaß verpflichtend zu beachten.*

*Fazit:*

*Es handelt sich hier um eine Bestandshaltestelle mit beengten Platzverhältnissen. Die betreffende Wartefläche auf der Ostseite der Haltestelle Kastanienstraße entspricht nicht dem Regelfall des Magdeburger Standards (wohl aber dem abweichenden Mindestmaß).*

*Der Magdeburger Standard ist bei dieser Bestandshaltestelle m. E. nicht anzuwenden und erst bei den weiteren Planungen relevant.*

Der **Beigeordnete Herr Rehbaum** informiert über den unterschriebenen Werberechtsvertrag mit der Firma Ströer. Die Thematik Haltestelle Kannenstieg wurde von Ströer aufgenommen, die Umsetzung sei auf Grund von Lieferschwierigkeiten problematischer. Die Bestellung der Fahrgastunterstände sei zurzeit schwierig, eventuell könnten aber „Musterhaltestellen“ verwendet werden. Ströer habe einen positiven Eindruck hinterlassen.

**Stadtrat Stage** geht auf die Thematik der „freien Werbung“ für die Kulturszene ein. Hierfür müsse auch eine Lösung gefunden werden.

Ein offenes Gespräch mit der Kulturszene nach der Sommerpause wäre wünschenswert.

**Stadtrat Canehl** geht auf die Ausnahmen für das „Fahrende Volk“ (Zirkus) ein. Der Zirkus darf seine Werbeschilder generell aufstellen. Warum dürfen Messeschausteller das nicht?

**Herr Rehbaum** verweist auf Bundesvorschriften. Schausteller fallen seiner Meinung nach auch unter die Rubrik „Fahrendes Volk“. Der Verwaltung gegenüber müsse nur das Aufstellen von Werbetafeln gemeldet/angezeigt werden.

Für **Stadtrat Hempel** braucht es klare rechtliche Aussagen hierzu. In der Stellungnahme werde Zirkus erwähnt. Er fragt, was das für die Schausteller bedeutet und bittet es zu klären.

*Nachrichtlich:*

1. Im neuen Werbevertrag ist von Ausnahmen für "Fahrendes Volk" nicht die Rede. Vielmehr heißt es dort, dass das exklusive Werberecht des neuen Werbekonzessionärs nicht für "Zirkuswerbung" gilt und der neue Werbekonzessionär "Zirkuswerbung" zu dulden hat.
2. Das bedeutet aber nicht, dass ein Zirkus Werbeschilder "generell aufstellen" kann. Vielmehr bedarf es auch hierzu Genehmigungen der zuständigen Behörde und werden dafür Gebühren erhoben.
3. Da Messeschausteller kein Zirkus sind, muss der Werbekonzessionär also deren Werbung im öffentlichen Raum, wie auch Werbung diverser anderer Gewerbetreibender, nicht dulden, soweit es sich nicht ohnehin um Werbung handelt, die vertraglich vom exklusiven Werberecht des Werbekonzessionärs ausgenommen und daher von ihm zu dulden ist (hierzu siehe S0168/22). Z.B. wäre ja Werbung von Gewerbetreibenden an der sog. "Stätte der Leistung" für deren eigene Leistung vom Werbekonzessionär zu dulden.

#### 12.1. Sachstand Buslinie im Ringverkehr für Werder und Heumarkt während der Sperrung der Strombrücke A0109/22

---

**Herr Gebhardt** wertet die Vorortbesichtigung mit der Probebefahrung des Werders mit einem Kleinbus der MVB und die Vorstellungen der Varianten 3 und 4 in der GWA Werder aus.

**Stadtrat Stage** erläutert seine Sicht auf die zukünftige Situation. Er verweist auf Differenzen hinsichtlich der Anzahl von wegfallenden Parkplätzen, der problematischen Querung der B 1 sowie der fehlenden Mobilitätsflächen im und am Bus.

Die Variante 3 habe ebenfalls Kritikpunkte, u.a. eine fehlende Busanbindung zum Allee-Center. Er verweist auf den fehlenden Nahversorger auf dem Werder. Die Erreichbarkeit der provisorischen Haltestellen sei für Viele (Ältere, Mobilitätsteingeschränkte, Kinderwagenschiebende) schlecht.

Abschließend fragt er, ob von der MVB eine Buslinienführung über die Straßenbahnschienen geprüft wurde?

Er bemängelt das Fehlen eines Lösungsansatzes. Den Bürger\*innen sei die Problematik noch nicht bewusst. Der Werder werde ab dem 15.07.2022 abgehängt sein und das für ca. 1 Jahr.

**Herr Gebhardt** verweist auf die Erforderlichkeit der Linienbestellung. In Richtung Ostelbien werde die Möglichkeit einer Verlängerung des SEV über die Brückstraße – Friedrich-Ebert-Straße – Cracauer Straße im engen Zusammenwirken mit der MVB geprüft.

**Stadtrat Canehl** äußert sich überrascht über die Herangehensweise. Er verweist auf die Lösungen in Stadtfeld in Bezug auf die Haltestellen bei den Busersatzverkehrsrouten. Haltestellen wurden teilweise in den Einfahrten angeordnet und Einstellplätze konnten größtenteils erhalten bleiben.

**Herr Gebhardt** verweist auf die vollgeparkten, schmalen Straßen und einigen Abbiegebeziehungen, die hier ein Problem darstellen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Mirko Stage  
Vorsitzender

Corina Nürnberg Isabel Richter  
Schriftführerin